

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XXI
Einführung	1
A. Eigenverwaltung des Schuldners als sinnvolle Form des Insolvenzplans ...	1
B. Verbindung von Eigenverwaltung und Insolvenzplan	2
C. Insolvenzplan und Berichtspflichten des eigenverwaltenden Schuldners ...	3
D. Gang der Untersuchung	3
Teil 1. Eigenverwaltung des insolventen Schuldners	5
Kapitel 1. Eigenverwaltung des Schuldners als ein Regelfall des Insolvenzverfahrens	5
A. Übersicht	5
I. Funktion und Voraussetzungen der Eigenverwaltung	5
1. Zielvorstellungen des deutschen Reformgesetzgebers	5
a) Eigenverwaltung als singuläre Erscheinung in der Rechtswirklichkeit	5
b) Eigenverwaltung als Möglichkeit einer gerichtlich kontrollierten Reorganisation und Sanierung	6
2. Anreiz zur Eigenantragstellung	8
3. Mobilisierung des Sachverstandes des Schuldners	9
4. Kostenvorteile	11
II. Das Rechtsinstitut des „debtor in possession“ als Bruch mit der überkommenen „konkurslichen Betrachtungsweise“	13
1. Stand der Literatur	13
2. Schuldnerschutz im und durch das Insolvenzverfahren	15
B. Verhältnismäßigkeit der Anordnung der Eigenverwaltung	15
I. Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen durch das Insolvenzgericht	15
1. Kein Ermessensspielraum des Gerichts nach § 270 InsO	15
2. Insolvenzverfahren als materielle Verwaltungstätigkeit der nichtstreitigen freiwilligen Gerichtsbarkeit	16
II. Judikatur des IX. Zivilsenats des BGH zum Grundrechtsschutz im Insolvenzeröffnungsverfahren	16
C. Rechtsbehelfe des Schuldners gegen die Ablehnung der Anordnung der Eigenverwaltung durch das Insolvenzgericht	17
I. Fragestellung	17
1. Form der Zurückweisung des Antrags auf Anordnung der Eigenverwaltung	17
2. Herrschende Lehre: Kein Rechtsmittel	18

Inhaltsverzeichnis

II. Materielle Beschwer des Antragstellers	20
1. Formelle Beschwer durch den Erlaß des Eröffnungsbeschlusses unter Bestellung eines Insolvenzverwalters?	20
2. Materielle Beschwer durch den Erlaß des Eröffnungsbeschlusses unter Bestellung eines Insolvenzverwalters	21
3. Anfechtbarkeit insolvenzgerichtlicher Anordnungen	23
a) Vorüberlegung	23
b) Teilanfechtung des Eröffnungsbeschlusses	23
Kapitel 2. Voraussetzungen und Wirkungen der Eigenverwaltung	25
A. Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung, § 270 InsO	25
I. Dispositionsmaxime	25
II. Eröffnungsantrag des Schuldners	25
1. Antragsbefugnis	25
a) Insolvenzantrag als Voraussetzung des Antrags nach § 270 Abs. 1 InsO	25
b) Allgemeine verfahrensrechtliche Anforderungen an den Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung	26
c) Antragsberechtigung	26
2. Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung und Eröffnungsgründe	28
a) Beschränkung der Anordnung der Eigenverwaltung auf Fälle, in denen keine materielle Insolvenz des Schuldners vorliegt?	28
b) Eintritt der Zahlungsunfähigkeit bei Eigenantragstellung nach § 18 InsO	30
c) Keine Beschränkung der Eigenverwaltung auf bestimmte Verfahrensformen	32
d) Abweichung von der Liquidation nur aufgrund Beschlusses der Gläubigerversammlung	32
III. Fremdantrag eines Gläubiger auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	33
1. Gesetzliche Regelung	33
2. Kritik	33
3. Teleologische Reduktion des § 270 Abs. 2 Nr. 2 InsO	34
IV. Darlegungslasten des Schuldners	35
1. Gesetzliche Regelung	35
2. Sinn eingehenderer Darlegungen des antragstellenden Schuldners	37
3. Sonderfälle: eingetragene Genossenschaften, Finanzwirtschafts- und Versicherungsunternehmen	38
a) Eingetragene Genossenschaft	38
b) Finanzdienstleistungsunternehmen	38
B. Vorläufige Anordnungen des Insolvenzgerichts	39
I. Vorwegnahme der Entscheidung des Insolvenzgerichts im Eröffnungsbeschuß durch den Anordnungsbeschuß?	39
1. Problemstellung	39
2. Vorläufige Sachwalter?	41
3. Verhältnismäßigkeit der vorläufigen Anordnung	43
II. Reichweite amtsweiger Ermittlungen des Insolvenzgerichts im Eröffnungsverfahren	44
1. Einholung eines Sachverständigengutachten	44
2. Fallgruppen	45
a) Verhältnismäßigkeit einstweiliger Anordnungen	45

Inhaltsverzeichnis

aa) Vorlage eines Fremdantrages	46
bb) Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Insolvenzschuldners	46
b) Grenzfälle	47
3. Handlungsmöglichkeiten des Schuldners	47
a) Ausgangslage	47
b) Massekostenvorschuß	48
c) Alsbaldige Verfahrenseröffnung	49
4. Eigenverwaltung und Insolvenzzgeld	49
C. Form, Inhalt und Grenzen der Anordnung der Eigenverwaltung durch den Schuldner	50
I. Vorbemerkung	50
II. Anordnung der Eigenverwaltung durch insolvenzgerichtlichen Beschluß	50
1. Gesetzesregelung	50
2. Begründung des Anordnungsbeschlusses	51
3. Sonderfall der nachträglichen Anordnung der Eigenverwaltung ..	52
4. Registerliche Insolvenzsperrvermerke	52
D. Voraussetzungen der Anordnung der Eigenverwaltung durch den Schuldner: § 270 Abs. 2 Nr. 3 InsO	54
I. Nachteilsbegriff	54
1. Parallele zu § 21 Abs. 1 InsO	54
2. Befriedigungschancen der Gläubiger als Maßstab	57
3. Nachteilsbegriff und Person der Organträger der insolvenzschuldnerischen Gesellschaft	58
II. Kriterien der Entscheidung nach § 270 Abs. 2 Nr. 3 InsO im einzelnen	60
1. Nachteil	60
a) Gründe, die in der Person des Schuldners liegen	60
b) Gründe, die im Verfahren liegen	61
2. Verzögerung des Verfahrens	61
E. Materielle und verfahrensrechtliche Wirkung der Anordnung der Eigenverwaltung	62
I. Konkursbeschlag zugunsten der Gläubiger	62
II. Verwertung der Insolvenzmasse im Falle der Anordnung der Eigenverwaltung	63
F. Stellung des eigenverwaltenden Schuldners	65
I. Übersicht	65
II. Haftungsverwirklichung zugunsten der Gläubiger	65
III. Amtswalterstellung des Schuldners	66
IV. Verpflichtung der Masse durch den eigenverwaltenden Schuldner ..	66
V. Verfahrensrechtliche Stellung des Schuldners	67
1. Prozeßstandschaft	67
2. Stellung in Verwaltungsverfahren, namentlich als Steuer-schuldner	69
3. Verfahrensrechtliche Stellung im Insolvenzverfahren	70
a) Buchhaltungs- und Inventarpflichten	70
b) Vorlage eines Insolvenzplans	73
VI. Verwertungsrecht des Schuldners am Sicherungsgut im Verfahren unter Anordnung der Eigenverwaltung	74
1. Stellung der gesicherten Gläubiger	74

Inhaltsverzeichnis

2. Ratio legis	75
3. Einzelheiten	76
a) Reichweite der Verwertungsbefugnisse des Schuldners	76
b) Unterrichtungspflichten. Zinszahlungspflicht	77
c) Verfahrenskostenbeiträge	78
VII. Gegenseitige Verträge	80
G. Rechtsstellung und Aufgaben des Sachwalters	81
I. Funktion des Sachwalters	81
1. Kontrolle und Masseverwaltung	81
2. Bündelung der Gläubigerinteressen	83
II. Masseverwaltungsaufgaben des Sachwalters	84
1. Insolvenzanfechtung durch den Sachwalter	84
2. Geltendmachung von Gesamtschäden	84
III. Tabellenführung durch den Sachwalter	85
IV. Beratungsaufgaben des Sachwalters	88
V. Aufsichts-, Warnfunktion und Unterrichts- bzw. Berichtspflichten	88
1. Zwangsmittel	88
2. Postsperr	89
3. Problematik der Regelung	89
4. Berichtspflichten	89
VI. Aufgaben des Sachwalters bei Eintritt der Masseunzulänglichkeit	90
1. Konkretisierung des § 274 Abs. 3 InsO	90
2. Aufsichtsaufgaben des Sachwalters wegen der Begründung von Masseverbindlichkeiten durch den Schuldner	90
3. Inkassobefugnisse des Sachwalters	91
VII. Aufsicht über den Sachwalter und Haftung des Sachwalters	91
1. Insolvenzgerichtliche Aufsicht	91
2. Haftung für die Begründung von Masseverbindlichkeiten	92
3. Haftung gegenüber dem Insolvenzschuldner	92
4. Haftung gegenüber dem Massegläubigern	94
H. Weitere besondere Beschränkungen der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Schuldners	95
I. Fragestellung	95
II. Verfahrensrechtliche Fragen	95
I. Rechtsbehelfe der Gläubiger und des Sachwalters gegen die Anordnung der Eigenverwaltung und Aufhebung des Anordnungsbeschlusses	96
Kapitel 3. Gläubigerautonomie und Eigenverwaltung	99
A. Beendigung der Eigenverwaltung durch Beschluß des Insolvenzgerichts	99
B. Gläubigerautonomie als Gegenpol zur Eigenverwaltung	99
I. Probleme der Unterwerfung der Eigenverwaltung unter die Entscheidung der Gläubigerversammlung	99
1. Allgemeine Bedenken gegen die Art der Ausgestaltung der Gläubigerautonomie im deutschen Recht	99
2. Auswirkungen auf die Beratung des Schuldners und den Entschluß zur Eigenantragstellung	100
II. Rechtsbehelfe gegen den durch Gläubiger beantragten Aufhebungsbeschluß	101
1. Rechtsbehelf gegen die Aufhebung der Eigenverwaltung nach Beschluß der Gläubigerversammlung	101
2. Rechtsbehelf gegen die Aufhebung nach Antrag eines Gläubigers	102

Kapitel 4. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Eigenverwaltung für juristische Personen und Personenhandelsgesellschaften	103
A. Fragestellung	103
I. Problemfelder der Eigenverwaltung	103
II. Erweiterung der rechtsvergleichenden Problematik	104
1. Vorkonkurslicher Austausch der Gesellschaftsorgane	104
2. Rechtsausführungen des Amtsgerichts Duisburg im Eröffnungsbeschluß im Falle Babcock	104
3. Eigenverwaltung mit „neuen“ gesellschaftsrechtlichen Organträgern als deutsche Form des receivership?	108
III. Folgerungen	112
B. Gesellschaftsrechtliche Entscheidungsstrukturen des insolvenzschuldnerischen Unternehmensträgers	112
I. Entscheidungsbefugnis der Organe der eigenverwaltenden Insolvenzschnldnerin	112
1. Fragestellung	112
2. Übergang der Befugnisse von Gesellschafter/Hauptversammlung auf die Geschäftsführung/den Vorstand – Kritik zur Meinung Prütting/Huhn	112
3. „Holzmüller“-Grundsätze im Insolvenzverfahren mit Eigenverwaltung des Schuldners	116
4. Geschäftsführerwechsel im Liquidations-Zwangsausgleich	119
5. Austausch der Organträger der insolvenzschuldnerischen Gesellschaft als Kostenfrage	120
a) Allgemeine insolvenzrechtliche Regelungen	120
b) Bedenken	121
Kapitel 5. Eigenverwaltung des Schuldners in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren	122
A. EuInsVO	122
I. Hauptinsolvenzverfahren	122
II. Sekundärinsolvenzverfahren	122
1. Antragsbefugnis gem. § 270 InsO	123
a) Antragsbefugnis des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens	123
b) Antragsbefugnis des Schuldners bzw. der organschaftlichen Vertreter der schuldnerischen Gesellschaft	123
2. Strukturwidrigkeit der Anordnung der Eigenverwaltung im deutschen Sekundärinsolvenzverfahren?	124
a) Sekundärinsolvenzverfahren als Liquidationsverfahren	124
b) Kooperationspflichten zwischen dem Verwalter von Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	125
c) Vermögensbeschlagn	127
3. „Zweckmäßigkeit“ der Anordnung der Eigenverwaltung?	127
4. Verstoß gegen die gesetzlichen Zwecke der §§ 270 ff. InsO?	128

Teil 2. Grundzüge des Rechts des Insolvenzplans	129
Kapitel 6. Das Rechtsinstitut des Insolvenzplans als Instrument gerichtlich kontrollierter Haftungsverwirklichung des Insolvenzschuldners zugunsten seiner Gläubiger	129
A. Instrumente der Haftungsverwirklichung	130
I. Sanierung – Liquidation – übertragende Sanierung	130
II. Chancen und Risiken gerichtsfreier Haftungsverwirklichung	131
B. Der Insolvenzplan als Instrument der Haftungsverwirklichung	132
I. Funktion der gesetzlichen Regelungen	132
II. Gestaltungsmöglichkeiten	134
III. Struktureller Ablauf des Insolvenzplanverfahrens	134
IV. Akzeptanz	136
V. Rechtsnatur des Insolvenzplans	136
Kapitel 7. Aufstellung des Insolvenzplans	138
A. Anwendungsbereich	138
B. Planinitiativberechtigung	138
I. Planoktroi der Gläubigerversammlung?	138
II. Schuldnerplan	140
1. Planinitiativrecht nur in Verbindung mit einem Eigenantrag?	141
2. Planinitiativrecht bei juristischen Personen und Personenhandels- gesellschaften	142
III. Planvorlagebefugnis des Insolvenzverwalters	143
IV. Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	143
V. Gläubigerversammlung und derivatives Planinitiativrecht des Insolvenzverwalters	144
VI. Planvorlagekompetenz des Sachwalters bei Anordnung der Eigen- verwaltung	145
C. Struktur und Inhalt des Plans	145
I. Gesetzliche Regelung des § 219 InsO	145
1. Darstellender Teil	146
a) Darstellung der Insolvenzsachen	146
b) Darstellung der (geplanten) Sanierungsmaßnahmen	147
2. Gestaltender Teil	148
3. Dokumentierender Teil	149
a) Vermögensübersicht	149
b) Weitere Anlagen	149
II. Entscheidung über Erfolg oder Scheitern des Planes: Bildung von Abstimmungsgruppen gem. § 222 InsO	150
1. Funktion der Gruppenbildung	150
2. Obligatorisch von Gesetzes wegen zu bildende Gruppen	151
3. Fakultative Gruppen, § 222 Abs. 2 InsO	152
4. Sondergruppen, § 222 Abs. 3 InsO	153
Kapitel 8. Verfahren der Vorprüfung, Erörterung, Annahme und Bestätigung des Planes	155
A. Vorprüfung des Zulassung des Planes zum Verfahren durch das Insolvenz- gericht	155
I. Übersicht	155
II. Versagungsgründe	155

Inhaltsverzeichnis

1. Übersicht	155
2. Einzelfragen	157
3. Verfahren bei Massearmut und Masseunzulänglichkeit	158
B. Einholung der Stellungnahmen gem. § 232 InsO	159
C. Aussetzung der Verwertung, § 233 InsO	159
D. Niederlegung des Planes	160
E. Annahme und gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans	161
I. Abstimmungs- und Erörterungstermin	161
II. Abänderung des Insolvenzplans	162
III. Abstimmung über den Insolvenzplan	163
1. Feststellung der Stimmrechte	163
2. Erforderliche Mehrheiten	163
F. Obstruktionsverbot und Zustimmungsfiktion	164
I. Übersicht	164
II. Regelung des § 245 InsO	165
1. Übersicht	165
2. Einzelfragen	165
a) „Angemessenheitsregel“	165
b) Schlechterstellungsverbot	167
G. Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger, § 246 InsO	168
H. Ersetzung der Zustimmung des Schuldners	168
I. Gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans	169
1. Übersicht	169
2. Versagung der Bestätigung wegen Verfahrensfehlern	170
a) Bedingter Plan	170
b) Verfahrensfehler	170
3. Versagung der Bestätigung zum Minderheitenschutz	171
K. Rechtsmittel	172
Kapitel 9. Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans	174
A. Übergang vom Insolvenz- in das Planüberwachungsverfahren	174
I. Formelle Rechtskraft des Bestätigungsbeschlusses als Wirksamkeitsvoraussetzung des Insolvenzplans	174
II. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	174
1. Pflichten des eigenverwaltenden Schuldners	174
2. Ende des Amtes des Sachwalters	175
B. Gestaltungswirkungen im einzelnen	175
I. Übersicht	175
II. Wiederauflebensklausel	176
C. Zwangsvollstreckung aus dem Insolvenzplan	176
D. Die Planüberwachung	177
E. Anhang: Sanierungsgewinn	177
Teil 3: Erläuterte Musterschriftsätze	181
A. Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung mit Anlagen (Insolvenzplan etc.)	181
B. Insolvenzgerichtliche Verfügungen	191
C. Rechtsbehelfe des Schuldners bei Versagung der Eigenverwaltung (insbesondere: Schutzschrift)	192